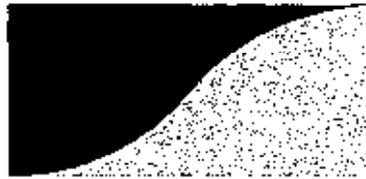


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesfamilienministerin, weist Überlegungen, die Sozialhilfe zu kürzen, zurück: Bei den ärmsten der Armen gibt es nichts zu sparen.
Seite 1

Helmut Rohde MdB kritisiert die politische Diskussion im Herbst '81: Dialog mit Kruste.
Seite 4

Heinz Westphal MdB bekräftigt, daß die Notwendigkeit eines Sparhaushaltes 1982 unbestritten ist: Operation '82.
Seite 6

Karl Liedtke MdB erinnert an die "Reichskristallnacht" vor 43 Jahren: Mit bedrückender Aktualität.
Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 214

9. November 1981

Gebot des Grundgesetzes

Bei den ärmsten der Armen gibt es nichts zu sparen

Von Antje Huber MdB
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Diskussion um Notwendigkeit und Ausmaß des Sparens bei den öffentlichen Haushalten hat auch vor der Sozialhilfe nicht haltgemacht. Sind so tiefe Einschnitte in das System der Sozialhilfe, wie sie jetzt der Bundesrat im Rahmen der Beratungen zum 2. Haushaltsstrukturgesetz gefordert hat, gerechtfertigt? Sind schon gravierende Einsparungsmaßnahmen wie zum Beispiel bei der Arbeitsförderung unstritten, so sind sie erst recht bei der Sozialhilfe als dem gleichsam "letzten Auffanggesetz" in unserem System der sozialen Sicherheit im wahrsten Sinne des Wortes fragwürdig.

Der Staat muß sparen. Der Staat - das sind wir alle. Die Bürger, befragt, ob sie bereit sind, ihren Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen zu leisten, zeigen eine überraschend große Bereitschaft. Aber wenn es dann um die Einzelheiten geht, gibt es sogleich Proteste der unterschiedlichsten Verbände und Gruppen. Das ist legitim und ganz normal in einer Demokratie. Unabhängig davon haben aber die politisch Verantwortlichen die Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen das Notwendige und Richtige zu tun und darauf zu achten, daß schmerzliche Abstriche bei staatlichen Leistungen nicht ausgerechnet die sozial Schwächsten (und Stillsten) in unserem Land treffen. Die Funktion der Sozialhilfe ist, jedermann den notwendigen Lebensbedarf zu gewährleisten, wenn er in Not gerät und das kann beispielsweise durch Unfall, Krankheit, Tod in der Familie, durch Arbeitslosigkeit und anderes Unglück Tag für Tag über jeden von uns hereinbrechen. Wer sind die zwei Millionen Menschen, die bei uns Sozialhilfe erhalten?

Einen großen Teil stellen alleinstehende Mütter mit ihren Kindern. Sie brauchen diese Unterstützung, weil in ihren Familien der Ernährer durch Tod, Scheidung oder Trennung



ausgefallen ist oder weil nicht genügend Unterhalt gezahlt wird. Ein gutes Drittel der Sozialhilfeempfänger sind ferner ältere Menschen, vor allem alleinstehende Frauen, mit einer Altersversorgung, die für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreicht. Auch Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit verweist viele auf Sozialhilfe, besonders, wenn sie nicht ausreichend versichert waren. Etwa jeder zehnte Sozialhilfeempfänger muß wegen Arbeitslosigkeit unterstützt werden.

Es ist also schlicht falsch, zu glauben, Sozialhilfe erhielten vor allem "Asoziale" und "Arbeitsscheue". Ein gegebener Anspruch auf Sozialhilfe besteht zwar unabhängig davon, ob man seine Notlage selbst verschuldet hat oder nicht, weil Not sich eben nicht mit Reue oder Strafe beheben läßt. Die große Mehrheit der Sozialhilfeempfänger ist aber ohne eigenes Verschulden in die Notsituation geraten, deretwegen sie nun Sozialhilfe braucht und erhält. Lebensrisiken, die nur die Gemeinschaft abfangen kann, gibt es heute wie eh und je.

Ich bezweifle, daß diejenigen, die ausgerechnet hier Milliarden einsparen wollen, überhaupt wissen, wie Sozialhilfeempfänger leben.

Ein Ehepaar, zum Beispiel mit einer sechsjährigen Tochter und einem vierzehnjährigen Sohn könnte heute nach Regelsätzen (Bundesdurchschnitt) monatlich

328,-- DM für den Vater als Haushaltsvorstand,
262,-- DM für die Mutter,
246,-- DM für den Sohn und
148,-- DM für die Tochter,
zusammen also 984,-- DM erhalten.

Zusätzlich übernimmt das Sozialamt die Miet- und Heizungskosten sowie einmalige Leistungen für den nicht laufend anfallenden Bedarf (Kleidung, Hausrat und so weiter). Kindergeld und Wohngeld werden aber auf diese Hilfe zum Lebensunterhalt angerechnet, ebenso wie sonstiges Einkommen.

Für bestimmte Personen gibt es darüber hinaus einen sogenannten Mehrbedarf, so zum Beispiel für werdende Mütter, Alleinstehende, die mehrere Kinder versorgen müssen, und alte Menschen nach Vollendung des 65. Lebensjahres.

Das Beispiel zeigt, daß mit den Mitteln der Sozialhilfe lediglich der notwendige Lebensbedarf gedeckt werden kann, menschenwürdig, wie es sich gehört, aber bescheiden. Wer da glaubt, die Sozialhilfe sei zu hoch oder gar leistungsfeindlich, sie erlaube auch dem Faulen ein sorgenfreies Leben, übersieht, daß eher das Gegenteil der Fall ist. Der Warenkorb, der den Regelsätzen in der Sozialhilfe zugrunde liegt, ist seit über zehn Jahren nicht mehr angepaßt worden; das heißt, daß die Sozialhilfeempfänger an den erheblichen Verbesserungen des allgemeinen Lebensstandards keinen Anteil gehabt haben. Sie haben sich mit der bloßen Anpassung der Regelsätze an die Kostensteigerungen zufrieden geben müssen, obwohl der geltende Warenkorb wichtige Teile des Bedarfs, zum Beispiel für Kinder bestimmter Altersgruppen, nur unzureichend abdeckt. Es ist zu hoffen, daß hier möglichst bald von den dafür zuständigen Bundesländern Abhilfe geschaffen wird.

Falsch wäre es, wenn - wie bei der Beratung über das 2. Haushaltsstrukturgesetz vom Bundesrat vorgeschlagen -, die Regelsätze für die nächsten beiden Jahren ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Kostensteigerungen nur um drei von Hundert angepaßt



würde. Das wäre gegen das Grundgesetz, das jedem ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein verbürgt. Es ist auch nicht wahr, daß sich die Menschen in unserem Land geradezu auf diese Kasse stürzen, um auf Kosten anderer zu leben. Ergebnis eines Forschungsvorhabens, das das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gefördert hat und das in Kürze veröffentlicht wird, (Sozialbedürftigkeit und Dunkelziffer der Armut) zeigt vielmehr, daß mehr als eine halbe Million Haushalte ihre Ansprüche auf ergänzende Sozialhilfeleistungen zum Lebensunterhalt nicht geltend machen - etwa halb so viele wie heute solche Leistungen erhalten - und das 20 Jahre nach Verkündung des Bundessozialhilfegesetzes.

Natürlich gibt es auch in der Sozialhilfe Mißbrauchsfälle, aber nur in geringem Umfang. Gegen solche Verstöße muß man vorgehen. Darüber darf jedoch nicht der Zweck unseres Systems der sozialen Sicherheit vergessen, Sozialhilfe diskriminiert werden.

In die herrschenden Sparüberlegungen sind alle Bereiche einbezogen worden. Das ist auch legitim. Überholtes, Ungereimtes oder Ungerechtes muß unter die Lupe genommen werden. Die Bundesregierung hat Verständnis für das Bemühen der Länder, auch ihrerseits überall nach Möglichkeiten für Einsparungen zu suchen. Sie wird sich einer Diskussion der gemachten Vorschläge nicht verschließen, aber sich auf jeden Fall gegen solche Änderungen aussprechen, die einen Eingriff in die Aufgabe der Sozialhilfe im Gesamtsystem der sozialen Sicherheit darstellen würden. Deshalb kann den einschneidenden Einsparungsvorschlägen des Bundesrates nicht gefolgt werden. Sie beinhalten für die vielen älteren Mitbürger, die alleinerziehenden Frauen und die Kinder statt einer fälligen Verbesserung des Warenkorbs eine Herabsetzung des Regelsatzniveaus.

(-/9.11.1981/ks/ca)

+ + +



Dialog mit Kruste

Zur politischen Diskussion im Herbst '81

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Worte von "der Fähigkeit und dem Willen zum Dialog" gehen in diesen Wochen deutschen Politikern wie Öl über die Lippen. Nicht nur junge Menschen fragen sich, was daran ernst gemeint oder nur Masche ist. Da war der CDU-Parteitag, auf dem ein langweiliger, von Allgemeinheiten wimmelnder Leitantrag und die eigene Diskussionsunwilligkeit, beispielsweise bei Biedenkopfs Thesen, hinter dem spektakulär arrangierten "Dialog mit der Jugend" versteckt worden sind. Oder man denkt an die "Wende"-Demokraten, die von "Opfern aller" reden und die eigentlich nur die Haushaltskasse der kleinen Leute meinen, obwohl gerade diese weder mit überdurchschnittlichem Energieverbrauch noch mit aufwendigen Auslandsreisen oder gar mit importiertem Luxuskonsum die deutsche Leistungsbilanz belasten. Ebenso stößt einem der Bundesrat auf, wo man "die Zukunftschancen der jungen Generation" beschwört, aber gleichzeitig cool das Schüler-Bafög sowie die Reste der beruflichen Ausbildungsplatzförderung schassen will. Oder man trifft auf jene Polit-Feuilletonisten, die vom "einfachen Leben und neuen Dasein" schwärmen, ohne daß dies für sie selbst irgendeine Verbindlichkeit hätte.

Penetrant wird diese Art dialogisierender Ignoranz geradezu beim Thema Arbeitslosigkeit. Bei ihm zeigt sich in den westlichen Industrieländern, wie begrenzt Fähigkeit und Wille zu einer halbwegs ehrlichen Diskussion sind. Und dies:

- obwohl die zunächst bestrittene Zahl von zehn Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Gemeinschaft zum Jahresende erreicht wird;
- obwohl in Westeuropa - im Zahlenvergleich ausgedrückt - soviel Jugendliche wie ein ganzer Jahrgang von Schülertlassen arbeitslos auf der Straße stehen;
- obwohl die Arbeitslosigkeit weiter steigt, sich Angst vor einer Depression ausbreitet und in England jedenfalls der Krisenpegel der 30er Jahre schon erreicht ist;
- obwohl die Nachfrage nach Arbeit durch geburtenstarke Jahrgänge und andere Umstände wächst und das Angebot von Arbeitsplätzen unter konjunktureller Labilität, Strukturkrisen ganzer Wirtschaftszweige und Auswirkungen der Hochtechnisierung leidet.

Nicht wenige Politiker und ihr etabliertes publizistisches Gefolge reagieren auf diese Prozesse wie im Struwelpeter: Nein, sagen sie immer gleichbleibend und fast täglich, sie wollen kein Beschäftigungsprogramm. Sie mögen es nicht, obwohl ihre Argumente immer magerer werden und als ob es die Wirtschaftskrise der 30er Jahre mit ihren verheerenden politischen Folgen überhaupt nicht gegeben hätte.

Sie erzählen und schreiben auch heute wieder im "Sachverständigen"-Jargon das gleiche wie im Herbst 1980: Der Winter werde zwar ungemütlich, aber im Sommer ginge es wieder bergauf - obwohl im Sommer 1981 in den westlichen Industrieländern nur die Arbeitslosenzahlen, die Inflationsraten und die Konkurse nach oben gingen. Beschäftigungspolitischen Handlungsbedarf sieht man nicht. "Kein Aktionismus" - heißt die Parole der herkömmlichen Schule. Der Schlafsack wird zum Ort national-ökonomischer Weisheit.

Verräterisch ist die Art und Weise, wie die angeblich so diskussionsfreudige Politik auf jede neue Überlegung, auf jeden Versuch des Aufbruchs verkrusteter Einschätzungen und Verhaltensweisen reagiert. Dann offenbart sich, daß dies bisher noch ein Dialog ohne politische Bewegung und neue Inhalte ist, vielleicht Erbauung, im Zweifelsfall Gerede, auf jedenfall mit Selbstbestätigungen gespickt.



Bezeichnend ist eine Erfahrung, die wir jüngst als eine vom SPD-Vorstand zwar initiierte, aber ansonsten völlig unabhängig arbeitende Kommission von Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Fachleuten aus der Verwaltung gemacht haben. Wir hatten uns mit der Arbeitsmarktpolitik zu befassen und wollten uns dabei nicht an der Frage vorbeidrücken, wie deren Finanzierungstendenzen sich auf die Beschäftigungsverhältnisse auswirken. Dafür gibt es Anlaß genug:

1. In den westlichen Industrieländern gehen die Arbeitsplatz sichernden und Arbeitslosigkeit verhütenden Maßnahmen zurück. Bei zunehmender Tiefe und Dauer der Krise kommt die vorsorgende Arbeitsmarktpolitik auf den absteigenden Ast. Im Zweifel arbeitslos, wird zur Devise.
2. Im Gefolge der mithin steigenden Arbeitslosenkosten verstärkt sich in den Industrieländern der politische Druck, Mittel dadurch wieder "einzusparen", indem man die Leistungen kürzt. Wachsende Arbeitslosigkeit und Armut treiben sich gegenseitig und lassen in der politischen Landschaft massiver werdende Armutsfelder entstehen.

Im Blick auf diese Dialektik des wirtschaftlichen und sozialen Abstiegs haben wir uns erlaubt, eine Diskussion darüber anzuregen, ob nicht andere Weichenstellungen, auch in der Finanzierung, denkbar wären. Da war es sofort bei der herkömmlichen Schule und ihrem publizistischen Troß mit der Dialogfreude vorbei:

- obwohl doch wenigstens darüber nachzudenken wäre, "daß konjunkturelle Schwankungen und strukturelle Veränderung nicht mehr in einem solchen Ausmaß wie bisher zum Verlust des Arbeitsplatzes führen" (Kommissionsbericht). Damit nicht noch immer soviel 19. Jahrhundert im Umgang mit der Krise und Arbeitslosigkeit nachwirkt;
- obwohl man doch fragen kann, ob diejenigen Unternehmen, die durch starke Rationalisierung und Entlassungen ihre Ertragslage verbessern, sich auch in Zukunft zusätzlich noch um Beiträge für die Nürnberger Anstalt entlasten können, während lohnintensive Klein- und Mittelbetriebe zur Kasse gebeten werden:

"Undiskutabel" schrieb dazu eine Zeitung. Warum eigentlich? Kann man schon nicht mehr darüber reden, daß die Beitragszahlungen der Arbeitnehmer an die Nürnberger Anstalt, kombiniert mit Leistungen des Staates, in erster Linie auf "strukturpolitische Hilfen und Leistungen" zu konzentrieren sind, die "eindeutigen Vorrang gegenüber Arbeitslosigkeit" haben sollen. Das heißt: Die Beiträge aller Erwerbstätigen auf die vorsorgende Arbeitsmarktpolitik zu lenken, Arbeitslosigkeit damit zurückzudrängen und für deren Finanzierung neue Bemessungsgrundlagen zu erörtern.

Mag sein, daß dies im Klima '81 der deutschen Bundesrepublik "undiskutabel" ist. Ich bin aber überzeugt, daß eine nachwachsende Generation fragt, ob nicht mit einer zweistelligen Milliardenzahl mehr und anderes bewirkt werden kann, als Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Inzwischen - so jedenfalls die herkömmliche Schule - "versichern wir uns" gegen Arbeitslosigkeit, was immer dies bei einem so weitgreifenden Prozeß bedeuten mag. Und man verwaltet sie. Und man wartet auf den nächsten Sommer. Aber die Sommer, sagen die Leute, sind auch nicht besser geworden.

(-/9.11.1981/hi/ca)



Operation '82

Die Notwendigkeit eines Sparhaushaltes 1982 ist unbestritten

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

Der Staatshaushalt und seine Finanzierung, die gesamte Finanzpolitik ist abhängig von der Wirtschaftsentwicklung; umgekehrt beeinflusst die Finanzpolitik auch das Wirtschaftsgeschehen und damit Beschäftigung, Löhne, Preise und so weiter. Seit kurzem wissen wir die Daten für den entgegen der Vorhersage schlechten Verlauf der Endphase dieses Jahres 1981 und damit auch die wesentlich niedrigeren Ausgangsdaten für die wirtschaftliche Entwicklung des vor uns liegenden Jahres 1982. Was sind die Gründe dafür und wie reagiert der Staat?

Unsere Ausgaben für Öleinfuhren betragen 1978 30 Milliarden DM; sie werden dieses Jahr auf 70 Milliarden DM steigen. Dies bedeutet Entzug von Kaufkraft; das Geld kann nicht ein zweites Mal zum Kauf anderer Güter ausgegeben werden. Gleichzeitig ist das Leistungsbilanzdefizit auf 30 Milliarden DM im Jahr 1980 angewachsen und wird 1981 nur wenig geringer ausfallen. Wir können die Lücke nicht allein mit unseren Devisenreserven finanzieren. Wir müssen daher die Empfänger unserer Zahlungen dazu bringen, ihr Geld wieder bei uns anzulegen. Damit treten wir in Konkurrenz mit dem US-Dollar, insbesondere, weil die amerikanische Regierung die dortige Inflationsrate, die doppelt so groß ist wie bei uns, mit einer Hochzinspolitik bekämpft. Um ausländisches Kapital anzuziehen und um deutsches anlagesuchendes Kapital im Lande zu halten, sind auch unsere Zinsen hoch. Hieraus entsteht ein unsere wirtschaftliche Entwicklung belastender Zielkonflikt, denn hohe Zinsen belasten die Investitionsrechnung der Unternehmen. Dadurch wird unsere Konjunktur geschwächt. Unser Sozialprodukt stagniert.

Schlechte Konjunktur bedeutet vor allem weniger Arbeitsplätze. Außerdem werden aufgrund der Bevölkerungsentwicklung 1982 120.000 Männer und Frauen zusätzlich Beschäftigung suchen. Andererseits gehen die Steuereinnahmen des Staates zurück (weniger Umsatz und Einkommen gibt weniger Umsatz- und Einkommensteuer); die Ausgaben steigen insbesondere für Kosten der Arbeitslosigkeit und deren Überwindung.

Die sich öffnende Schere zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben haben wir bislang mit Krediten schließen können. Diese Politik war richtig, sie hat uns besser durch die Krise gebracht als fast alle vergleichbaren anderen Staaten. Diese Politik kann aber nicht in dem bisherigen Umfang so fortgesetzt werden, weil die Kreditnachfrage des Staates die Zinsen treibt, weil die Zinsbelastung die Freiräume der Haushaltsgestaltung einengt (1982 rund 24 Milliarden DM, Kindergeld rund 17 Milliarden DM) und weil die Öffentlichkeit unwillig ist, weitere Staatsverschuldung hinzunehmen.

Da eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme in dieser Situation nicht sinnvoll ist und Abgabenerhöhungen nur begrenzt möglich sind, müssen die Ausgaben eingeschränkt werden.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hatte daher im Sommer 1981 für die Koalitionsverhandlungen entsprechende Forderungen aufgestellt:

- Verbesserung der Haushaltsstruktur in Höhe einer zweistelligen Milliardensumme.
- Dabei dürfen die Kernbestandteile des sozialen Netzes nicht gefährdet werden.
- Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen sozial ausgewogen sein.
- Gleichzeitig muß das Sparprogramm einen beschäftigungspolitischen Teil haben.
- Eine Ergänzungsabgabe wurde als Möglichkeit der Finanzierung eines solchen Programnteils vorgeschlagen.

Zu den FDP-Forderungen hat der Fraktionsvorstand klargestellt: Wir können nicht akzeptieren

- eine Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe,
- die Einführung von Karenztagen beim Arbeitslosengeld oder bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Die Koalitionsverhandlungen waren schwierig. Ein Scheitern wurde nur knapp vermieden.

Der Finanzminister hat darauf hin einen Haushaltsentwurf 1982 sowie eine Reihe von Begleitgesetzen vorgelegt, die einerseits Minderausgaben, aber auch Mehreinnahmen er-

bringen sollten und andererseits eine beschäftigungspolitische Komponente enthalten. Hauptpunkt ist, daß das Haushaltsvolumen nur um etwa vier Prozent wachsen soll, das heißt, daß nach Abzug der Preissteigerungsrate der Haushalt gegenüber dem Vorjahr unverändert bleibt. Die Nettokreditaufnahme wird auf 26,5 Milliarden DM begrenzt (1981 geplant 34 Milliarden DM, wahrscheinlich höher). Um dies zu erreichen, sind Ausgabenkürzungen im Haushaltsverfahren in Höhe von 2,9 Milliarden DM nötig. Durch gesetzliche Maßnahmen (die jetzt verabschiedet werden) werden Ausgaben um 9,9 Milliarden DM gekürzt und Einnahmen um 3,4 Milliarden DM erhöht. Davon sind die steuerlichen Maßnahmen zur Investitionsförderung von 0,3 Milliarden DM (im ersten Jahr) abzuziehen. Die Summe beträgt 15,9 Milliarden DM. Ein solches Haushaltsvolumen zu bewegen, wurde bislang für unmöglich gehalten.

Da sich inzwischen die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert hat - so rechnet der Finanzminister mit Steuermindereinnahmen von 4,2 Milliarden DM und Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit von 2,6 Milliarden DM sowie für Stahl- und Koks-Kohlenbeihilfe von 800 Millionen DM - müssen weitere 7,8 Milliarden DM aufgebracht werden. Dies geschieht durch Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozent (der Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit sinkt um 2,85 Milliarden DM), weitere Gewinnabführung der Bundesbank (3,9 Milliarden DM) und Haushaltskürzungen (1,05 Milliarden DM).

Wertung der Ergebnisse der "Operation '82"

Den Erfolg der Operation müssen wir an den Kriterien messen, die wir selbst aufgestellt haben. Wir haben die nötigen Mittel erbracht. Das ist eine enorme Leistung. Dabei werden von dem insgesamt 24-Milliarden-DM-Paket 1982 nur zwei Milliarden DM durch Steuererhöhungen und 2,8 Milliarden DM durch Abgabenerhöhungen aufgebracht. 1,6 Milliarden DM fließen 1982 dem Bund aus dem Abbau von Steuervergünstigungen zu. Das ist keine heimliche Steuererhöhung, sondern Abbau ungerechtfertigter Vergünstigungen und Beseitigung von Mißbräuchen.

Die Kernbestandteile des sozialen Netzes bleiben unangetastet. Der weitgehendste Eingriff erfolgt beim Arbeitsförderungsgesetz. Echte Einsparungen des Leistungsangebotes betreffen 3,6 Milliarden DM. Hierbei geht es auch zu einem Großteil um die Verhinderung von Mißbrauch. Dies ist eindeutig der Wille unserer Wählerschaft.

Kritischer zu beurteilen ist, ob wir das Ziel der sozialen Ausgewogenheit erreicht haben. Es ist zwar gelungen, fast ein Dutzend steuerlicher Vergünstigungen abzuschaffen oder einzuschränken. Insgesamt ist es aber sehr schwer, mit einem liberalen Partner eine sozial ausgewogene Belastungsverteilung zustande zu bringen. Andererseits gibt es auch sonst keinen politisch relevanten Partner, mit dem dies heute möglich wäre. Wir stehen da allein und haben nicht die Mehrheit.

Bei der "Operation '82" wurden Teile des beschäftigungspolitischen Programms verwirklicht, das die Arbeitsgruppe Roth im Frühjahr 1980 vorgelegt hatte: Fernwärmeprogramm, Förderung neuer Technologien, Bauförderung und Abschreibungsverbesserungen. In der gegebenen konjunkturellen Lage aber ist zu befürchten, daß die beschäftigungspolitische Anstoßwirkung nicht groß genug ist. Wir werden deshalb auf zusätzliche beschäftigungswirksame Maßnahmen zurückkommen müssen.

Die Opposition bringt als Hauptforderung vor, fünf Prozent der Subventionen und Leistungen zu kürzen. Dabei bleibt offen, auf welche Subventionen und Leistungen sich dieser Vorschlag bezieht, ob der Prozentsatz auf jede Subvention angewandt oder ob insgesamt ein fünfprozentiges Einsparvolumen erzielt werden soll. Hier muß die Opposition endlich klar sagen, was sie eigentlich will.

Im Bundesrat hat die Union weitere Sparvorschläge gemacht: Senkung des Arbeitslosengeldes, Einbeziehung der Rentner in die Sparaktion, Leistungskürzung bei Sozialhilfempfangern, Abschaffung der Unterhaltsvorschußkassen, Minderung der Ausbildungsförderung und so weiter. Streichungen oder Kürzungen von Subventionen, die in unseren Entwürfen enthalten sind, will die Unionsmehrheit andererseits im Bundesrat rückgängig machen. Würde man allen Absichten der Bundesratsmehrheit folgen, müßte der Bund die Nettokreditaufnahme sogar erhöhen. Die Vorschläge des Bundesrates sind keine Hilfe! Offensichtlich will die Union nicht nur Geld sparen. Die Union will die Uhr politisch zurückstellen. Die Finanzprobleme dienen dabei als willkommener Vorwand.

Auch wenn uns die Sparaktion in vielen Fällen weh tut: Wir haben keine andere Wahl. Allein die sozial-liberale Koalition kann den Abbau des Sozialstaates verhindern.

+ + +

(-/9.11.1981/ks/oa)

Einig und mit aller Entschlossenheit

Jahrestag der Reichskristallnacht mit bedrückender Aktualität

Von Karl Liedtke MdB

Vorsitzender des SPD-Parteirates und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
verfolgter Sozialdemokraten

Das Gedenken an die Reichskristallnacht, in der vor nunmehr 43 Jahren die Nationalsozialisten zu ihrem bis dahin brutalsten Schlag gegen die Mitbürger jüdischen Glaubens ausholten, hat in diesem Jahr eine bedrückende Aktualität gewonnen.

Damals hatten die Brandstiftungen der SA dem letzten die Augen öffnen müssen, der noch an die Friedfertigkeit des nationalsozialistischen Systems geglaubt hatte; in diesen Wochen haben Aktionen der neuen Nazis uns letzte Zweifel genommen, daß hier nur eine kleine Minderheit politisch Irregleiteter ein Sektierer-Dasein führe, von dem für die Republik keinerlei Gefahr ausgehen. Diese Vorgänge, die sich wiederum gegen die Menschen jüdischen Glaubens richten, haben vielmehr - so ist zu hoffen - die Beschwichtigungen jener beendet, die politischen Extremismus nur dann ernstnehmen wollen, wenn er von "links" kommt.

Wir sollten Einvernehmen darüber herstellen können, daß es keinen Unterschied macht, von welcher politischen Richtung her Menschen gefährdet und demokratische Überzeugungen und Institutionen in Frage gestellt werden. Gerade gegen den Rechtsextremismus tut politisches Handeln not.

Wir sind es den Opfern der Reichskristallnacht und der sich daran anschließenden Jahre des Mordens und des Schreckens schuldig, die Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Ideologien einig und mit aller Entschiedenheit zu führen.

(-/9.11.1981/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

+ + +

